Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 232. Freitag den 20. August 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Auction.

Die auf dem südlichen Lagerplatze an der Chausseestraße in Reudnitz lagernden **ca. 400 Fuder alte Ziegelstücken** sollen ebendaselbst

Montag, den 23. dieses Monats Vormittags 10 Uhr

unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen in 8 Partien von je 50 Fudern gegen **sofortige baare Bezahlung meistbietend versteigert** werden.

Leipzig, am 14. August 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 3072. Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland und Oesterreich.

Es darf jetzt als feststehend angesehen werden, daß in Gastein während der gleichzeitigen Anwesenheit der Kaiser Wilhelm und Franz Joseph und der Minister Fürst Bismarck und Graf Kalnoky wichtige Abmachungen getroffen worden sind. Man entnimmt daraus die erfreuliche Thatsache, daß seit beinahe sieben Jahren, nämlich seit dem 15. October 1879, sich zwischen den beiden Kaiserreichen ein stets an Innigkeit zunehmendes Freundschafts- und Bündnißverhältniß gestaltet hat, welches die Aussicht auf Dauer eröffnet, um so mehr, als dieses Verhältniß im vergangenen Jahre eine starke Probe ausgehalten hat. Der Eingriff des Vertreters Oesterreichs in Belgrad, Graf Khevenhüller-Metsch, in den serbisch-bulgarischen Streit hat sich nicht der Zustimmung der öffentlichen Meinung in Deutschland erfreut, man hätte es bei uns lieber gesehen, wenn Oesterreich die Kämpfenden ihre Sache allein hätte ausmachen lassen. Aber die Beziehungen der Mächte zu einander entwickeln sich bekanntlich nicht von Volk zu Volk, sondern von Regierung zu Regierung; die auswärtige Politik ist eine Kunst, welche oft genug ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung, ja sogar in geradem Gegensatz mit derselben geübt wird. Als leitender Gesichtspunct für die Staatsmänner, welche die auswärtige Politik machen, bleibt nur das Interesse des Staates unverändert bestehen, welchen sie vertreten. An diese Handhabung der auswärtigen Politik haben sich auch die modernen Verfassungsstaaten gewöhnt, insbesondere haben wir Deutsche zu der Geschicklichkeit des Fürsten Bismarck in Leitung der auswärtigen Politik unbedingtes und bisher stets durch den Erfolg gerechtfertigtes Vertrauen.

In dem Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn giebt es aber einen Punct, welcher schon seit langer Zeit und sogar seit dem Beginn des Bündnisses in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu Besorgnissen für die Zukunft Anlaß gegeben hat. Es ist die sogenannte Versöhnungspolitik des Grafen Taaffe, dessen Ministerschaft am 12. August das siebente Jahr vollendete. Ein Rückblick auf diese sieben Regierungsjahre kann deutsche Herzen nur mit Schmerz erfüllen. In diese Zeit fällt die Czechisirung Prags, die Errichtung einer czechischen Universität in der Hauptstadt Böhmens und die Begünstigung des Czechenthums in Böhmen überhaupt. Wir haben es erlebt, daß deutsche Turner in Königinhof von den Czechen beschimpft und hinterher auch noch gerichtlich verurtheilt wurden, weil sie sich gegen die ihnen widerfahrenen Mißhandlungen gewehrt hatten. Wir haben ferner gesehen, daß der slowenische Gemeinderath in Laibach zu der Feier der Enthüllung des Anastasius-Grün-Denkmals eine feindliche Stellung einnahm, und daß dieses Denkmal wiederholt von Slowenen besudelt worden ist; ja wir haben es sogar erfahren, daß die private Feier zur Enthüllung eines Denkmals für den Kaiser Joseph in Prag aus Schonung für die Gefühle der Czechen untersagt worden ist. Das scheinen innere österreichische Angelegenheiten zu sein, aber sie scheinen es auch nur; denn Alles, was den Deutschen in Böhmen, im übrigen Oesterreich, oder sonst im Auslande widerfährt, wird von den deutschen Stammesgenossen bei uns im Reich empfunden, als wenn es ihnen selbst geschehen wäre. Wir haben die Vorgänge in Prag, in Königinhof, in Laibach mit demselben Interesse verfolgt, wie wir es den Angelegenheiten irgend einer im deutschen Reiche gelegenen Stadt zuwenden. Die Grenze, welche uns von Deutschösterreich trennt, ist nur eine staatliche, aber keine nationale; das geistige Leben, die geistige Gemeinschaft der Deutschen auf der ganzen Erde kennt keine Grenzpfähle, und wenn sich Deutsche in Asien, Afrika, Amerika oder Australien begegnen, so fragen sie nicht darnach, ob sie aus Sachsen, Bayern oder aus Oesterreich stammen, das äußere Erkennungszeichen für ihre geistige Zusammengehörigkeit ist die Sprache und im Uebrigen die Art zu denken, zu empfinden. Deshalb war es auch für uns Deutsche im Reich eine sehr wohlthuende Erscheinung, als sich von Oesterreich Stimmen vernehmen ließen, welche die Deutschösterreicher den hundertjährigen Todestag Friedrich's des Großen als einen nationalen Gedenktag mitgefeiert haben, daß die „Neue Freie Presse" es nicht verschmäht hat, den wohlthätigen Einfluß offen zu bekennen, welchen die genialen Gedanken und Thaten des großen Königs auch auf Oesterreich gehabt haben. „Er war ein Vorbild auch für Oesterreich", sagt das größte Wiener Blatt, „für den Theresianischen und Josephinischen Staat, seine Toleranz, sein Reformdrang auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens, seine Praxis der Staatshoheit und Staatseinheit, sein Landrecht, seine Kriegsmacht, seine Art, den Bauernstand zu heben, durch deutsche Cultur die slawischen Landestheile emporzubringen, ist ein Beispiel der Nachahmung für Oesterreich geworden, und nie ist eine Nebenbuhlerschaft heilsamer gewesen als die Theresianisch-Josephinische mit Preußens großem König."

Die Wege, welche das Ministerium Taaffe eingeschlagen hat, sind leider das gerade Gegentheil von dem, was Maria Theresia und Kaiser Joseph zur Richtschnur ihrer Politik erwählten. Unter diesem Ministerium sind die slawischen Völker Oesterreichs die bevorzugten Bewohner des Kaiserstaats und die Deutschen die zurückgesetzten. Daß diese Politik auf die Dauer nicht durchzuführen ist, haben die Ergebnisse der Aera Taaffe überzeugend bewiesen. Der Mangel an Kenntniß der deutschen Sprache macht sich bereits auf allen Gebieten des staatlichen Lebens geltend: in der Armee, in der Rechtspflege, der Verwaltung, ja sogar die Universitäten fangen an darunter zu leiden, der Zusammenhang, welcher früher zwischen den österreichischen und deutschen Universitäten bestand, ist unterbrochen, die Scheidewand beginnt auch bereits Bresche zu legen in die Entwickelung des geistigen Lebens der Oesterreicher. Wenn es möglich ist, daß sich eine czechische Wissenschaft und vielleicht auch eine slowenische auftut der deutschen gegenüber, dann ist es aus mit der Harmonie, welche die einzelnen Theile des buntscheckigen Staatengemisches durchdrang, dann ist der Zerfall die unausbleibliche Folge statt des inneren Erstarkens. Die Einladung der ungarischen Hauptstadt an deutsche Städte zur Feier des 200jährigen Gedenktages der Befreiung Ofens von der Türkenherrschaft hat den äußeren Anlaß geboten, um den Zwiespalt aufzudecken, welcher zwischen der Nationalitätenpolitik des Kaiserstaates und der deutschen Bundesgenossenschaft besteht. Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind durch ein inniges Bündniß gegen auswärtige Feinde miteinander verbunden, aber in dem Doppelstaate selbst merkt man von der Gemeinschaft, welche denselben mit dem deutschen Reiche vereinigt, nichts, in der inneren Entwickelung ist die Feindseligkeit gegen deutsche Sprache, deutsches Wesen und deutsche Eigenart zum Grundsatz erhoben, unter dem Ausdängeschild der Verschmähung wird die Zersetzung systematisch betrieben. Möchte endlich die Erkenntniß in Oesterreich-Ungarn zum Durchbruch kommen, daß es so nicht weiter gehen kann. *

Leipzig, 20. August 1886.

* Bei der Kirchenparade in Potsdam am Dienstag fiel allgemein die kräftige Stimme und Haltung auf, mit welcher Se. Majestät der Kaiser die Parade commandirte.

* Dem Generaladjutanten und General der Infanterie Freiherrn von Steinäcker ist zu seinem am 18. August stattgefundenen 50jährigen militairischen Dienstjubiläum folgendes Cabinetsschreiben Sr. Majestät des Kaisers zugegangen:

„Indem Ich Mich erinnere, daß Ihre militairische Dienstzeit heute vor 50 Jahren begann, und indem Ich dessen wohl eingedenk bin, daß der bei Weitem größere Theil derselben dem Dienste bei Meiner Person gehört, wünsche Ich, Ihnen am heutigen Tage die Fortdauer Meines gnädigen Wohlwollens und die dankende Erinnerung an die Mir erwiesenen treuen Dienste durch die Verleihung des anbei erfolgenden Großkanzlerkreuzes Meines Königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern am Ringe zu bethätigen. Mit dem warmen und aufrichtigen Wunsche, daß es Ihnen gut gehen, und daß Ich noch oft Gelegenheit haben möge, Mich hiervon zu überzeugen, bin Ich jederzeit

Ihr wohlgeneigter König Wilhelm.

Babelsberg, den 18. August 1886."

Schon vom frühen Morgen, nachdem die Familie des Jubilars, welcher eine Villa in Groß-Lichterfelde bewohnt, ihr Oberhaupt beglückwünschte, liefen zahllose Telegramme von nah und fern ein. Unter den Glückwunschdepeschen nimmt die vom Neuen Palais abgesandte die erste Stelle ein, in welcher Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz „als alter Gekammter von 36 Jahren" gratulirt unter Uebersendung seines Portraits. Auf demselben Wege hatten Se. königl. Hoheit Prinz Alexander und Se. Durchlaucht Fürst von Hohenzollern ihre Gratulationen übersandt. Von weiteren Depeschen nennen wir solche von den Generalen der Infanterie und Cavallerie Grafen von Blumenthal, Freiherrn v. Schlotheim, Generaladjutanten v. Stieble, v. Dannenberg, dem Chef des Militaircabinets v. Albedyll, welcher im Namen der gesammten maison militaire Sr. Maj. des Kaisers gratulirte. Diesen schließen sich Depeschen von Officieren aller Grade, von Freunden und Bekannten in Menge an. Am Morgen fand sich das Musikcorps der Haupt-Cadettenanstalt zu Lichterfelde in dem Garten des Jubilars ein, um denselben durch ein Ständchen zu erfreuen. Bald danach erschien der Generalinspecteur des Militair-Erziehungs- und Bildungswesens General der Infanterie von Strubberg mit seinem Sohne zur persönlichen Gratulation, dem der Flügeladjutant und Chef des Stabes der 4. Armeeinspection, Oberst v. Winterfeld, und viele andere Gratulanten folgten. Einen großen Theil der Gratulationen hatte der Jubilar schon Dienstag gelegentlich der Gedächtnißfeier für den König Friedrich den Großen in Potsdam entgegennehmen können. Aus Pietät gegen seinen erlauchten Kaiser und Herrn hatte Frhr. v. Steinäcker das in seinem Arbeitszimmer über seinem Schreibtische hängende Brustbild des Monarchen mit einem kostbaren Lorbeerkranze, mit herabhängenden schwarz-weißen Atlasschleifen, decorirt.

* Zu seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum wurde, dem Vernehmen der „Kreuz-Zeitung" nach, dem General v. Obernitz von Sr. Majestät dem Kaiser das Bildniß des Kaisers, Kniestück, in der Uniform des ersten Garde-Regiments zu Fuß, überreicht.

* Der Oberstlieutenant Graf v. Wedel, der als Nachfolger des Generals von Werder Militairbevollmächtigter in St. Petersburg werden soll, war ursprünglich in hannöverschen Diensten. Er gehört einem alten, in Hannover, Westfalen und Oldenburg begüterten Geschlechte an und wurde als jüngster Sohn eines oldenburgischen Generaladjutanten am 5. Februar 1842 geboren, ist also zur Zeit erst 44 Jahre alt. Zwei seiner älteren Brüder traten in oldenburgische Civildienste, einer wurde in Preußen Officier, während die beiden jüngsten die Militair-Carrière in Hannover einschlugen. Nach der Annectirung traten beide Brüder in preußische Dienste über, und der jetzige Oberstlieutenant, der bisher Premierlieutenant im Kronprinz-Dragonerregiment gewesen war, wurde am 9. März 1867 in gleicher Charge beim 8. Husarenregiment in Paderborn angestellt. Er blieb bei diesem Regiment im Frontdienst bis 1874, wurde alsdann Adjutant beim Generalcommando des VII. Armeecorps und 1876 Hauptmann im großen Generalstabe. Am 19. August desselben Jahres, also erst 34 Jahre alt, wurde Graf v. Wedel Major, und im folgenden Jahre erfolgte seine Ernennung zum Militairattaché bei der Botschaft in Wien, eine Stellung, die er noch jetzt bekleidet. Flügeladjutant des Kaisers ist er seit 1879, hat aber niemals als solcher persönliche Dienste geleistet. Die Beförderung zum Oberstlieutenant fand, wie bei Flügeladjutanten üblich, am 22. März 1882 außer der Tour statt.

* Am Mittwoch Mittag 1 Uhr fand eine längere Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt, welche sich neben anderen dringlichen Vorlagen mit Angelegenheiten der Ansiedelungs-Commission für Westpreußen und Posen beschäftigt haben dürfte. Dem Vernehmen nach ist das Angebot an polnischen Gütern ein außerordentlich großes. Bisher haben Ankäufe nur bei Gelegenheit von Zwangs-Verkäufen stattgefunden, nachdem nun aber die Commission constituirt ist, wird man mit freihändigen Ankäufen vorgehen.

* Minister Dr. Lucius hat an den Rittergutsbesitzer Sombart, in dessen Plan es liegt, ein größeres Gut zu parcelliren und ein neues Dorf zu schaffen, folgendes Schreiben gerichtet: „Berlin, 27. Juli 1886. Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten. Die mir von Euer Hochwohlgeboren mittelst gefälligen Schreibens vom 17. d. Mts. übersandte Denkschrift „Zur Frage der inneren Colonisation" habe ich mit Interesse gelesen und daraus ersehen, daß Sie die Absicht haben, durch Parcellirung des von Ihnen angekauften Rittergutes Steesow ein neues Bauerndorf in der Priegnitz zu begründen. Ich stehe nicht an, diesem Zwecke meine volle Billigung und der Art, wie Sie das Unternehmen im gemeinnützigen Sinne auszuführen beabsichtigen, meine besondere Anerkennung auszusprechen. Der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten. gez. Lucius."

* Bekanntlich beabsichtigt man, dem verewigten Prinzen Friedrich Karl auf seinem Gute Dreilinden ein würdiges Denkmal zu errichten. Es haben sich zu diesem Zwecke Comités gebildet und sind die Sammlungen bereits in vollem Gange. Eine besonders lebhafte Aufnahme hat dieser Gedanke, wie leicht erklärlich, in der Provinz Schleswig-Holstein gefunden und sind dort in verschiedenen Städten ebenfalls Ausschüsse, welche für die Errichtung dieses Denkmals wirken, zusammengetreten. Es ist überall daselbst die Meinung vorhanden, daß, wie es in einem Altona-Ottenser Aufruf heißt, bei einer nationalen Kundgebung solcher Bedeutung das schleswig-holsteinische Volk an erster Stelle stehen müsse, da es sich um den Helden von Düppel und Alsen handelt und der Sieg bei Düppel und die Eroberung von Alsen in Deutschlands trotziger Nordmark als der erste Schritt zu betrachten ist auf dem gewaltigen Siegeswege bis in das alte Königsschloß zu Versailles, wo die Wiedergeburt des deutschen Reiches erfolgte. Es werden aber nun, wie das „Altonaer Tageblatt" mittheilt, in verschiedenen Theilen der sogenannten Provinz Stimmen laut, welche das Gut „Dreilinden" nicht für den geeigneten Platz zu Errichtung eines solchen Denkmals halten. Man betont, daß Prinz Friedrich Karl seine ersten Lorbeeren auf Schleswig-Holsteinischem Boden erkämpft habe, daß sein Name für ewige Zeiten mit der Geschichte Schleswig-Holsteins verbunden sei, und darum müsse sein Denkmal auch in Schleswig-Holstein Aufstellung finden. Dabei giebt man der Hoffnung Ausdruck, daß das Berliner Comité diesem Gedanken Rechnung tragen und das deutsche Volk denselben unterstützen werde. Vor allen Dingen müßten doch aber die Schleswig-Holsteiner, ehe ihr sehr plausibler Vorschlag eingehender discutirt werden kann, mit der Bezeichnung eines bestimmten Ortes hervortreten, denn Schleswig-Holstein im Allgemeinen ist für die Errichtung eines Denkmals doch etwas zu weit gegriffen.

* Der kürzlich in Metz verstorbene Bischof Paul Georges Marie Dupont des Loges war am 11. November 1804 zu Rennes geboren. Er wurde General-Vikar des Bisthums Orleans und im Jahre 1843 Bischof von Metz. Er gehörte dem deutschen Reichstage in der II. Legislaturperiode an, hat aber nur einmal an dessen Sitzungen Theil genommen, und zwar jenes Mal, als die elsaß-lothringischen Abgeordneten in feierlicher Form ihre bekannte Protesterklärung abgaben. Dupont des Loges war eine echt französische Erscheinung, wie er überhaupt Franzose durch und durch war. Sein Nachfolger ist Coadjutor Fleck, geboren 1824 in Niederbronn, Titularbischof von Sion und seit dem 13. Mai 1881 Coadjutor cum jure succedendi.

* Jetzt liegt der Wortlaut des von dem Allgemeinen Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande an das Gemeinde-Collegium zu München eingegangenen Schreibens vor. Das Schreiben lautet: „Der Allgemeine Deutsche Schulverein zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande dankt der Gemeindevertretung der Stadt München für die deutsche Antwort, welche sie nach Budapest in Folge der Einladung zur Theilnahme an der Feier der Befreiung Ofens vor 200 Jahren hat ergehen lassen. — Wer den Vernichtungskampf kennt, welchen die Magyaren gegen die Deutschen besonders in Siebenbürgen führen, seitdem die Parole der „Ungarischen Staatsidee" ausgegeben ist, wird die Antwort Münchens als eine nothwendige Folge desselben anerkennen. Wir freuen uns zugleich, mittheilen zu können, daß auch Berlin die Einladung abgelehnt hat."

* * *

* Die „Wiener Abendpost" schreibt zur Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Josef:

Se. Majestät der Kaiser begeht Morgen im engsten Familienkreise in Gastein Allerhöchstsein Geburtsfest. Die Völker Oesterreich-Ungarns, seit jeher gewohnt, sich Eins zu fühlen mit ihrem erhabenen Herrscher und dem erlauchten Kaiserhause, werden diesen Tag in althergebrachter Loyalität und dynastischer Treue durch fromme Gebete, Acte der Wohlthätigkeit und sonstige patriotische Kundgebungen als einen wahren Freudentag feiern. Sie werden damit neuerlich vor aller Welt bekunden, daß, was auch immer in dem altehrwürdigen Reiche der Habsburger die Gemüther trennen mag, in der Liebe zur angestammten Dynastie alle Stämme, alle Confessionen, alle Parteien und alle Stände einig sind, und daß da, wo es gilt, der treuen Anhänglichkeit an das erlauchte Herrscherhaus Ausdruck zu geben, Niemand zurückstehen mag. Mehr als anderen Nationen bedeutet den Völkern des großen mitteleuropäischen Kaiserstaates der enge Zusammenhang mit ihrem ruhmreichen Herrscherhause, mehr als anderswo ist hier die Krone das Symbol der Einheit, der Macht und Größe des Gesammt-Vaterlandes. Deshalb war und ist das Wiegenfest des geliebten Monarchen seit jeher ein allgemeines Volksfest, deshalb geht an diesem Tage nur Ein Ruf durch alle Gaue Oesterreich-Ungarns, der Ruf: „Gott segne, Gott schütze, Gott erhalte Se. Majestät den Kaiser und das erlauchte Kaiserhaus!"

* Zur politischen Lage in Rußland erhält die „Politische Correspondenz" anscheinend aus diplomatischer Quelle die folgende, wie das Blatt selbst hervorhebt, „bemerkenswerthe" Correspondenz:

Das Gros der russischen Presse hat in der letzten Zeit die allgemeine Situation in Europa in einer Weise dargestellt, welche durchaus nicht als der Ausdruck der in Rußland thatsächlich herrschenden Gesinnungen und Strömungen angesehen werden darf. Wenn man sich an die Kundgebungen der hervorragendsten russischen Blätter halten wollte, müßte man glauben, daß in der politischen Lage in letzter Zeit ein bedeutender Umschwung eingetreten sei und daß nicht blos bei der Mehrheit des russischen Publicums, sondern selbst in den maßgebenden St. Petersburger Kreisen eine kriegerische Stimmung die Oberhand gewonnen habe. Speciell die Ministerbegegnung in Kissingen und die Monarchen-Entrevue in Gastein gaben in der russischen Presse zu Darstellungen Anlaß, deren leitender Gedanke darin bestand, daß Rußland betreffs des Charakters und der Vortheile der Tripelallianz durch die den Ereignissen während der letzten Balkankrise seitens der europäischen Mächte verliehene Wendung enttäuscht, sich von allen internationalen Banden zu befreien und seine Actionsfreiheit herzustellen beabsichtige. Die erwähnten Entrewen werden ferner in den russischen Blättern gleichsam als verdächtige Zusammenkünfte dargestellt, in welchen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland neue politische Vereinbarungen ausgearbeitet und festgestellt worden seien, in deren Rahmen Rußland nicht einbezogen sei. Diese ganze Auffassung muß jedoch als eine vollständig irrige bezeichnet werden; zunächst aus dem Grunde, weil für eine Lösung des bisherigen gegenseitigen Verhältnisses zwischen Rußland, Oesterreich-Ungarn und Deutschland nur dann ein Anlaß vorhanden wäre, wenn die Ergebnisse der Tripelallianz mit dem leitenden Ziele derselben, d. h. mit dem Beschlusse der drei Kaisermächte, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, in Widerspruch ständen. Nun lassen sich aber die Erfolge der Tripelallianz in dieser Richtung nicht leugnen, da es doch dank den gemeinsamen Bestrebungen der drei Kaisermächte möglich war, die Ruhe auf der Balkanhalbinsel wieder herzustellen. Allerdings hat der Einfluß Rußlands in jenem Gebiete Einbuße erlitten, andererseits kann aber billiger Weise gegen Oesterreich-Ungarn nicht der Vorwurf erhoben werden, daß es den Einfluß daselbst an sich gerissen habe, so wenig sich behaupten läßt, daß Deutschland aus den Verwicklungen im Orient irgend welche Vortheile gezogen habe. Alle drei Mächte haben vielmehr während jener Krise große Selbstverleugnung an den Tag gelegt, und wenn der ostrumelische Aufstand einen für Rußland ungünstigen Ausgang genommen hat, so ist die Schuld hierfür der Action Englands beizumessen, das den Fürsten Alexander von Bulgarien ermuthigt und gleichzeitig den Sultan eingeschüchtert, und durch dieses Doppelmanöver die von Rußland vorgeschlagene und seitens der Cabinete von Wien und Berlin acceptirt gewesene Wiederherstellung des status quo ante in Ostrumelien verhindert hat.

Was speciell die Actionsfreiheit Rußlands betrifft, so ist es nicht nothwendig, dieselbe wiederzugewinnen, weil sie überhaupt gar nicht gebunden ist. Die russischen Blätter täuschen sich, wenn sie triumphirend ausrufen, daß Rußland nunmehr die Bahn einer unabhängigen Politik betreten habe; das russische Cabinet hat diese Bahn überhaupt nicht verlassen, und durch die Tripelallianz, deren Ziel die Aufrechthaltung des Friedens ist, wird die Haltung des russischen Cabinets nur der einzigen Bedingung untergeordnet, nichts zu unternehmen, wodurch die allgemeine Ruhe gefährdet werden könnte. Diese Bedingung steht mit den Gesinnungen des russischen Volkes zu sehr in Einklang, als daß durch dieselbe die nationale Selbstliebe der Russen verletzt werden könnte. Die Sprache der russischen Blätter ist wahrscheinlich auf eine gewisse Ermuthigung zurückzuführen, welche die chauvinistische Partei aus der Aufhebung der Freihafenstellung Batums schöpfen zu dürfen glaubte. Der Erfolg dieser Maßregel konnte jedoch sowohl die politische Unabhängigkeit Rußlands, sowie auch das gute Einvernehmen zwischen den drei Kaisermächten, da weder von Wien noch von Berlin aus ein Einwand gegen diesen Schritt Rußlands erhoben wurde, so daß auch England sich in diese Thatsache fügen mußte.

Wenn auch zugestanden werden muß, daß die Conjuncturen der letzten Balkankrise Rußland eine gewisse Reserve seinen Alliirten gegenüber auferlegt haben, daß die letzteren es für nothwendig erachteten, der Tripelallianz — im Hinblick auf gewisse Eventualitäten im Orient — ein directeres Einvernehmen unter einander aufzuprägen, wenn es auch richtig sein mag, daß dieses besondere Einvernehmen den Gegenstand der Berathungen zwischen dem Fürsten Bismarck und Grafen Kalnoky in Kissingen gebildet und in Gastein die Ratification der Monarchen erhalten habe, so liegt doch keinerlei plausibler Grund vor, den angeblichen Bruch der Tripelallianz und einen Umschwung der russischen Politik zu behaupten. Letztere bleibt mit der Politik der Cabinete von Wien und Berlin in Bezug auf Alles, was zur Erhaltung des Friedens beitragen kann, in vollem Einklang und behält sich, gegenwärtig ebenso wie bisher, volle Freiheit der Action betreffs des Schutzes der russischen Interessen vor. Als eine Bekräftigung dieser Behauptung und als Beweis der Harmonie zwischen den leitenden Kreisen St. Petersburgs und Wiens kann auch der Besuch des Erzherzogs Carl Ludwig in Petersburg angesehen werden. Die gleichen Beziehungen bestehen selbstverständlich auch zwischen St. Petersburg und Berlin. Wenn verschiedene deutsche und österreichisch-ungarische Blätter den Entrevuen in Kissingen und Gastein den Zweck beilegen, gegenüber angeblichen ambitiösen Tendenzen Rußlands Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, so darf diese irrige Annahme wohl als die Rückwirkung der kriegerischen Sprache der russischen Presse angesehen werden. Letztere ist jedoch, es sei dies nochmals versichert, durchaus nicht der treue Ausdruck der öffentlichen Meinung, denn die Mehrheit des russischen Volkes ist von vollständig friedlichen Gesinnungen beseelt.

Mehrere Moskauer Großindustrielle haben kürzlich zu Ehren des Herrn Paul Déroulède und des bekannten Kosacken Aschinow, der aus Abyssinien eingetroffen ist, um dem Zar Geschenke des Königs Johann zu überbringen, ein Dejeuner gegeben. Es kam jedoch hierbei zu keinerlei Demonstration. Am nächsten Tage legte Herr Déroulède auf dem Grabe Aksakow's einen mit Bändern in den russischen Farben geschmückten Kranz nieder, allein auch dieser Vorgang führte zu keinerlei Zwischenfall. Eine kleine Gruppe deutschfeindlicher Leute hatte zwar beabsichtigt, Herrn Déroulède anläßlich seiner bevorstehenden Ankunft in St. Petersburg einen warmen und feierlichen Empfang zu bereiten, ließen jedoch diesen Gedanken fallen, weil die Ausführung desselben ihnen, wie sie erklären, inopportun erscheint, vielleicht aber hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie einsahen, in welche lächerliche und falsche Stellung sie mit einer solchen sicherlich isolirt bleibenden Position gerathen würden.

* Die bedeutende Handelsstadt Rostow am Don, welche bisher zu dem Gouvernement Jekaterinoslaw gehörte und kürzlich dem Lande der donischen Kosaken einverleibt wurde, besitzt eine äußerst gemischte Bevölkerung. Das russische Element tritt daselbst, wie der „Kölnischen Zeitung" geschrieben wird, stark vor dem eingewanderten und dem jüdischen zurück. In großer Zahl leben in Rostow auch Griechen, Türken und andere Orientalen. Der bedeutende Handel der Stadt befindet sich vollständig in den Händen der Juden und Griechen. Mit der Einverleibung Rostows in das Land der donischen Kosaken entstand die Frage, was mit den Juden geschehen sollte, die nach den bestehenden Gesetzen nicht das Recht besitzen, in dem Lande der donischen Kosaken sich dauernd aufzuhalten oder gar ansässig zu werden. Man war der Ansicht, es würde für Rostow eine Ausnahme gemacht werden, weil daselbst die Juden zahlreiche Immobilien besitzen und fast der ganze Handel sich in ihren Händen befindet. Die judenfeindliche Strömung, die gegenwärtig im Süden Rußlands herrscht, hat jedoch die Oberhand gewonnen, so daß die Entscheidung getroffen wurde, daß die Juden Rostow verlassen müssen, und zwar unter folgenden Bedingungen: Die in der Stadt Immobilien besitzenden Juden erhalten eine Frist von drei Jahren,